

NRW-Politiker für Erhöhung der Stundensätze in der rechtlichen Betreuung

Düsseldorf, 13. Januar 2017 – Rechts- und Sozialpolitiker aller Fraktionen im Landtag von NRW plädieren für eine Erhöhung der Stundensätze für Berufsbetreuerinnen und –betreuer. Dies ist das Fazit eines parlamentarischen Frühstücks, zu dem die Landesgruppe des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen e.V. geladen hatte. Mitglieder des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Delegierte des BdB diskutierten über die Frage, wie Qualität in der rechtlichen Betreuung künftig gesichert werden kann. Der Verband kämpft seit vielen Jahren für eine Erhöhung der Stundensätze und Zeitkontingente, die seit 2005 unverändert sind. Die Studie des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz zu „Qualität und Vergütung“ belegt, dass Berufsbetreuer deutlich mehr arbeiten, als sie vergütet bekommen.

Erstmals seit zwölf Jahren soll nun die Vergütung von gesetzlichen Betreuer/innen angehoben werden – um 15 Prozent. Darauf haben sich die Rechtspolitiker/innen der Großen Koalition im Deutschen Bundestag gemeinsam mit Bundesjustizminister Heiko Maas geeinigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll in Kürze vorgelegt werden, so dass er noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden kann. Die Gesetzesänderung bedarf jedoch der Zustimmung der Länder, also des Bundesrates.

Inge Howe (SPD), Mitglied des Petitionsausschusses, sagte: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass NRW einer Erhöhung zustimmt.“ Die rechtspolitische Sprecherin Dagmar Hanses (B'90/Die Grünen) ergänzte: „Das kursierende Gerücht, NRW sei gegen die Erhöhung der Stundensätze, stimmt nicht.“ Jens Kamieth von der CDU-Fraktion liegt die Zukunft der Betreuungsvereine am Herzen: „Die anerkannten Betreuungsvereine sind ein unverzichtbares Element in einem modernen Betreuungswesen: Ihre Arbeit zu erhalten und zu stärken, ist Anerkenntnis und Ansporn zugleich. Dabei ist die seitens der Bundesregierung geplante angemessene Vergütung ein wesentlicher Baustein, der möglichst schnell und ohne Verzögerungen durch die Länder erfolgen muss.“ Der rechtspolitische Sprecher Dirk Wedel (FDP), sieht die Notwendigkeit, die Höhe der Betreuervergütung und die Landesförderung der Querschnittsaufgaben aufeinander abzustimmen: „Finanzierungslücken sowie Querfinanzierungen müssen vermieden werden.“

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de | Web: www.niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen. www.bdb-ev.de